

Bei diesem Text handelt es sich um die deutsche Übersetzung des portugiesischen Beitrags von José Clovis de Azevedo im Plenum 4 (Vorstellung von Projekten der demokratischen und sozialen Partizipation).

Bericht über eine demokratische Erfahrung in der Bildung: Der Fall Porto Alegre und die Kultur der Partizipation

Prof. Dr. José Clovis de Azevedo

Rektor der staatlichen Universität Rio Grande do Sol UERGS, Brasilien

Das Projekt Bürgerschule (Escola Cidadã) stellt einen konkreten und praktischen Raum einer öffentlichen Bildungspolitik dar, die der Ausbildung von Bürgern verpflichtet ist, wobei in der Erfahrung der Partizipation das Hauptelement des Aufbaus und des Zugangs zum Wissen liegt. Es handelt sich um eine in Brasilien, in Lateinamerika gemachte Erfahrung und sie ist daher von großer Bedeutung und Relevanz, denn sie entwickelte sich im Widerspruch zur Tradition und politischen Kultur der brasilianischen Gesellschaft.

Die Tradition des Kolonialismus und der Sklaverei in der brasilianischen Gesellschaft hinterließ tiefe Spuren in der Organisation, in der Form und in der Funktionsweise unserer Institutionen. Historisch wird die politische Macht durch besitzende Eliten ausgeübt, die den Staatsapparat für den Schutz ihrer Privilegien nutzen. Diese historische Linie schuf und festigte eine politische Kultur, die zur einer Privatisierung der Öffentlichkeit führte. Um ihre Privilegien zu wahren, musste sich die brasilianische Elite die große Mehrheit der Bevölkerung unterordnen, und sie tat es, indem sie die politische Macht durch autoritäre Praktiken für sich beanspruchte. Diese autoritären Praktiken wurden in die staatlichen Institutionen aufgenommen und entwickelten sich zu Mechanismen der Machtausübung, die durch die errichtete Rechtsordnung und durch die Festlegung der politischen Hegemonie der Eliten legitimiert wurden. Daher kommt es, dass der brasilianische Staat auf bundesstaatlicher, staatlicher und kommunaler Ebene eine autoritäre, hierarchisch gegliederte Struktur besitzt, die im Dienst der Besitzstandswahrung der sozial privilegierten Kreise steht.

Das politische Projekt von Porto Alegre richtet sich gegen diese historische Tendenz, wobei es sich hier um eine noch im Anfangsstadium befindliche Erfahrung handelt, deren Absicht es ist, eine demokratische Alternative der Machtausübung zu gestalten, jene zu Protagonisten zu machen, denen der Zugang zu den Bürgerrechten bisher immer verschlossen war.

Das substantielle Element dieser neuen Erfahrung ist die Mitbestimmung der Bevölkerung. Die traditionellen Methoden und Begriffe der Beschlussfassung, Planung und Ausführung sind umgestoßen worden. Das heißt, die Einseitigkeit der technokratischen Entscheidungen, die von begrenzten Kreisen in den Kabinetten im Namen der "Effizienz" und der "fachlichen Kompetenz" getroffen werden und die Argumente der Behörde, die die Zentralisierung der Macht voraussetzen, werden durch die Logik der Mitbestimmung allmählich umgekehrt.

Mit der historischen Tradition wird gebrochen und eine neue Konzeption, eine neue Logik und eine neue Methode lenken von nun an die Beziehung Staat und

Gesellschaft. Im Gegensatz zu den autoritären Beziehungen, die ausschließlich und vertikalisiert, das heißt von oben nach unten aufgebaut sind, schafft das neue Projekt Möglichkeiten der Mitbestimmung, die die Einrichtung von Mechanismen zur Kontrolle des Staates durch die Gesellschaft erlauben. Es geschieht eine inhaltliche Umkehrung der politischen Hegemonie im Inneren des Staates, in den Grenzen des der kommunalen Bundeseinheit entsprechenden Geltungsbereichs der Staatsfunktion.

Bis 1989 waren der Staatsapparat und die Kommunalregierung von den Interessen der herrschenden sozialen Schichten dominiert, was in ihren zentralistischen und technokratischen Praktiken zum Ausdruck kam. Danach begann ein neuer politischer Prozess, der durch die Demokratisierung und Entprivatisierung des Staates charakterisiert war. Durch die Mitbestimmung der Bevölkerung wird der Staat von den Interessen der Mehrheit der Bürger gelenkt. Die Mitbestimmung dezentralisiert die Entscheidungen. Die Planung erfolgt partizipativ und die staatliche Technobürokratie muss ihre Befugnisse in Übereinstimmung mit den kollektiven Beschlüssen vermitteln und ausrichten.

Zur Durchführung dieses Prozesses wurden Möglichkeiten der Partizipation und der Entscheidung geschaffen, die in der Einrichtung öffentlicher, nicht-staatlicher Bereiche mündeten, in denen die Bürger, in Zusammenarbeit oder im Konflikt mit den Regierungsorganen die öffentliche Politik beschließen, ausarbeiten und in Gang setzen, sowie deren Umsetzung begleiten, überwachen und bewerten. Die Hauptinstrumente der Partizipation, welche in den vierzehn Jahren der Erprobung entwickelt wurden, waren die partizipative Haushaltsplanung OP (Orçamento Participativo), der Stadtkongress und der Mehrjahresplan - Planung für vier Jahre. Die partizipative Haushaltsplanung wurde ursprünglich geschaffen, um die Aufteilung und Verwendung der der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel zu diskutieren. Es muss daran erinnert werden, dass es in Brasilien, wie in den übrigen Ländern Lateinamerikas, eine große Diskrepanz zwischen der Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen und den dafür vorhandenen Haushaltsmitteln gibt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen, denn viele dieser Bedürfnisse können nicht befriedigt werden. In der Zeit des technokratischen Vertikalismus unterlagen die Entscheidungen "fachlichen" Kriterien, die auf die Interessen der Minderheit ausgerichtet waren, und vertieften so die soziale Ausgrenzung. In der Bürgerverwaltung werden die Prioritäten an Hand von Kriterien festgelegt, die durch Bürger, welche an den Instanzen der partizipativen Haushaltsplanung beteiligt sind, definiert werden.

Die Haushaltsplanung erfolgt nach einem partizipativen Ritual, dessen Hauptetappen in sechzehn regionalen Versammlungen organisiert sind, die in den Monaten März und April stattfinden. In diesen Versammlungen legt die Regierung Rechenschaft ab über die Umsetzung der im vergangenen Jahr getroffenen Beschlüsse des Haushaltsplanes; sie informiert über die vorhandenen Mittel, damit diese in der Haushaltsplanung für das kommende Jahr erörtert und aufgeteilt werden können, und es werden die Vertreter gewählt, welche die Diskussionen in ihren Gemeinden in Gang setzen sollen. In der zweiten Etappe, von April bis Juli, wird die Diskussion auf alle Viertel dieser sechzehn Stadtgebiete ausgeweitet. Die Vertreter sprechen mit den örtlichen Einrichtungen: mit den Gemeinschaftsverbänden, Kirchen, Freizeitclubs, Müttertreffs, Gewerkschaften und andere Organisationen. Diese Einrichtungen rufen Bürger zu Diskussionen über ihre Forderungen und Prioritäten zusammen. Die dritte Etappe beginnt im

Juli, wenn die regionalen Versammlungen die Prioritäten festlegen und Berater, die den Rat zur Haushaltsplanung bilden werden, wählen. Im September wird der Haushaltsplan dem Stadtrat übergeben. Bis dahin stimmen die Berater gemeinsam mit den Fachleuten der Regierung die vorhandenen Mittel mit den durch die Region aufgestellten Prioritäten, die in einem vereinbarten Punktesystem dargelegt werden, ab. In der vierten Etappe, wird der Haushaltsplan durch den Stadtrat (Munizipallegislative) verabschiedet. Die Stadtverordneten verabschieden formell den Haushaltsplan, wobei ihre politische Einflussnahme darauf beschränkt ist, denn jegliche Veränderung des in den Instanzen der partizipativen Haushaltsplanung bewilligten Haushaltsplanes würde eine Konfrontation zum Prozess der Mitbestimmung und einen großen politischen Verschleiß für die Legislative bedeuten.

Ursprünglich lag der Schwerpunkt der partizipativen Haushaltsplanung in der Diskussion über die Haushaltsmittel für Investitionen in den verschiedenen Bereichen der Dienste, die in der Zuständigkeit der Munizipien liegen. Mit zunehmender Erfahrung wuchs auch die Mitbestimmung. Die Umverteilung der Investitionen für die bevölkerungsreichsten Stadtviertel ist Ausdruck einer neuen Machtkonstellation. In diesem neuen Rahmen gewinnen die ärmsten Randschichten an politischer Kraft und erreichen eine Umkehrung der Prioritäten. Dieser Vorgang schafft einen innovativen und qualitativen Aspekt. Das bedeutet, die Diskussion über die Verteilung der Investitionen folgt der Diskussion über den Inhalt der öffentlichen Politik und wird von dieser geleitet. Die Bürger weiten die Diskussion auch dahingehend aus, ihre Wünsche im Hinblick auf Gesundheit, Bildung und Transport für die Stadt zu äußern. Die Debatte über den Inhalt und den Charakter der Politik erfolgt hauptsächlich in der zweiten Phase, zusammen mit den Diskussionen über die Prioritäten. Zu diesem Zeitpunkt werden die Führungskräfte der Munizipien und die Fachleute immer wieder dazu aufgefordert, zu erklären, zu unterstützen und die Gemeinden bezüglich der Umsetzung von und neuer Vorschläge zu die Stadt betreffenden Maßnahmen der öffentlichen Politik anzuhören.

Ein weiterer wichtiger Raum der Partizipation der Bürger ist der Stadtkongress. Seit 1989 fanden fünf dieser Kongresse statt. Dies ist das Forum zur langfristigen Planung, für strategische Richtlinien wie zum Beispiel Straßenbau, Sanierungsprojekte, Stadtentwicklungsplan sowie andere langfristige Maßnahmen. Am Stadtkongress nehmen neben den Vertretern der partizipativen Haushaltsplanung Einrichtungen wie Architektenräte, Ingenieurräte, Räte für Gesundheit, für Denkmalpflege, sowie Vertreter der Unternehmensbranchen teil. Die Teilnahme an der partizipativen Haushaltsplanung ist individuell. Jeder Bürger hat bei den Beschlüssen das gleiche Gewicht. Dennoch wurden die traditionellen Gemeinschaftseinrichtungen, wie Bürgerräte und jede Art von Vereinen revitalisiert und gestärkt, indem sie dadurch, dass sie die Bürger in ihre Räume einberufen und die Diskussion über die Prioritäten anregen, Einberufungskraft erworben haben. Weitere Normativ- oder Kontrollorgane, unter anderem der Rat für Kinder und Jugendliche, der Munizipalrat für Bildung oder der Munizipalrat für Gesundheit, wurden umfassend vertreten, wobei sie ihre jeweilige Zusammensetzung demokratisiert und sie ebenfalls zu Antragstellern der öffentlichen Politik für die partizipative Haushaltsplanung wurden.

In den vierzehn Jahren der partizipativen Praxis gab es eine spürbare Verbesserung im Angebot der öffentlichen Dienste in den Stadtrandgebieten. In

diesem Zusammenhang ist der Bau der Kanalisation zu erwähnen. In diesem Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Bevölkerung, der Zugang zum Trinkwasser hat, von 60% auf 96%. Die Abwasserbehandlung stieg von 20% auf 45%, zur Zeit ist auch schon ein Projekt zur Behandlung von 80% der Kloakenabwässer in Gang gesetzt worden. Das municipale Bildungsnetz wuchs in diesem Zeitraum von 17.000 Schülern auf 70.000 Schüler. Das öffentliche Bildungsnetz hat eine Kapazität zur Betreuung von 100% der Kinder von 6 bis 14 Jahren. Die Analphabetenrate bei den über Fünfzehnjährigen wurde von 6% auf 2,9% reduziert.

Es könnten noch viele weitere Daten erwähnt werden, die ein Ausdruck für die objektiven Errungenschaften der Partizipation der Bürger an einem klaren Prozess der Umkehrung der Prioritäten sind, durch den ein Wachstum der Investitionen bei den Sozialmaßnahmen in den städtischen Randgebieten möglich wurde. Die Akzeptanz der Vorteile der Partizipation durch die Bürger führte in der Stadt zur Herausbildung einer Partizipationskultur. Die Bevölkerung hat verstanden, dass die Beteiligung eine Investition ist, die objektive Resultate zur Verbesserung des Lebens bringt. Gleichzeitig wächst das Bewusstsein hinsichtlich der Bedeutung des Kollektiven und des Allgemeinen als Triebkräfte zur Realisierung der Bürgerrechte. Der politische Protagonismus von etwa 30% der Bevölkerung, die in irgendeiner Weise mit der partizipativen Haushaltsplanung verbunden sind, führt dazu, dass sich die Bürger als Handelnde und Mitwirkende des politischen und administrativen Lebens der Stadt fühlen. Auf diese Weise entsteht ein Widerspruch: die Kritikfähigkeit des politischen Bewusstseins der Bevölkerung nimmt zu, sie wird fordernder, kritischer im Bezug auf die Municipalregierung. Gleichzeitig erkennt sie, dass das politische Angebot dieser Regierung mit ihren Interessen übereinstimmt.

Dies erklärt die mehrfache Wiederwahl der Bürgerverwaltung. Die Partizipation hat gelehrt, dass die Mittel begrenzt und die Bedürfnisse unbegrenzt sind. Das Verständnis dafür zeigt sich zum Beispiel, wenn die Bevölkerung eines Viertels fordert, dass alle Straßen ohne Asphalt einen Belag erhalten. Aber die verfügbaren Mittel erlauben nur die Asphaltierung einer Straße. Die Auswahl der Straße, welche Vorrang hat, ist ein Vorgang, welcher Uneigennützigkeit, die Abwesenheit von Egoismus und Individualismus und die Entwicklung eines umfassenden Bürgerbewusstseins erfordert. Die Einsicht, dass "meine Straße" unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses nicht die wichtigste ist, weil zur Zeit die Asphaltierung und der Bus in einer anderen Straße als in der, in der ich wohne, besser der Gemeinschaft dienen, ist eine schwierige Entscheidung, denn sie bedeutet die Abkehr von individualistischen und auf Konkurrenz ausgerichteten Wertebezügen und die Hinwendung zu Maßstäben, die ein soziales Leben unterstützen, das auf solidarischen und kooperativen Werten basiert. Dies ist eine kulturelle Wandlung, die hier erfolgt. Obgleich mit widersprüchlichem und unterschiedlichen Verlauf, erkennt man die Entwicklung einer Kultur der Partizipation, in der sich die Handelnden immer mehr als Subjekte mit Rechten und Pflichten sehen.

Die Partizipation der Bevölkerung als sozialer Prozess konzentrierte sich auf den Sinn und die Struktur des municipalen Staatsapparates. Den politischen Hauptaktivitäten wurde der Vorrang gegenüber außergewöhnlichen Aktivitäten eingeräumt. Der Druck der Bevölkerung mit dem Ziel einer raschen Umsetzung der politischen Maßnahmen erfordert ein dynamisches, unbürokratisches

Vorgehen und offene, auf einer Ebene verlaufende und flexible öffentliche Strukturen.

Die wachsende öffentliche Kontrolle der Regierungsmaßnahmen schafft und formt den Keim für eine neue Art von Staat: einen unbürokratischen, entprivatisierten, demokratisierten Staat mit einer vernünftigen sozialen Kontrolle durch die Partizipation der Bürger im nichtstaatlichen öffentlichen Bereich, welcher den Raum und die Organisation der partizipativen Haushaltsplanung darstellt. Es ist noch wichtig hervorzuheben, dass die partizipative Haushaltsplanung eine in ihren Instanzen auf der Grundlage konkreter Erfahrungen aufgebaute und Jahr für Jahr in demokratischer Form aktualisierte innere Struktur besitzt, die die neuen Erfahrungen der Selbstorganisation aufnimmt und umsetzt. Es gab zahlreiche Initiativen der kommunalen Gesetzgeber, die versuchten, die Funktionsregeln der partizipativen Haushaltsplanung in Gesetze zu fassen. Diese Versuche wurden jedoch von der Bevölkerung zurückgewiesen und als eine Form angesehen, die die Möglichkeit des Partizipationsprozesses, seine Regeln ausgehend von den eigenen Erfahrungen zu schaffen, zu kontrollieren und zurückzunehmen.

Seit 1999 wird die Erfahrung von Porto Alegre, der Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul, auf den gesamten Bundesstaat ausgedehnt, denn in jenem Jahr wurden dieselben politischen Kräfte, die Porto Alegre regieren (die Volksfront unter Führung der Arbeiterpartei), an die Spitze der Regierung des Bundesstaates gewählt.

Das kommunale Bildungssystem von Porto Alegre führt das politische Partizipationsprojekt durch, welches durch die Regierung der Bürgerverwaltung koordiniert wird. Der Widerhall in der Bildung zeigt sich in einer fortgesetzten Demokratisierungsbewegung der Schule. Die Institution Schule, als schulische Einheit und Teil der Gesamtheit des kommunalen Netzes, erfährt eine Neubestimmung ihrer sozialen Rolle. Diese Wandlungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die institutionelle Gestaltung, sie zeigen sich in der Neuorientierung der Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Schulen und dem gemeinschaftlichen Ganzen, vor allem aber in der Übernahme der Verpflichtung, allen Schülern den Zugang zu Wissen zu garantieren, wobei dieser Zugang als ein Bürgerrecht des Schülers als lernender Mensch angesehen wird.

Das pädagogische politische Projekt des kommunalen Netzes ist, im Rahmen der Bildung, ein Ausdruck für den Prozess der Entprivatisierung, der Demokratisierung des Staates und der Schaffung öffentlicher, nichtstaatlicher Bereiche durch neue Möglichkeiten der Partizipation, die die soziale Kontrolle der Schule gestatten. Zum Verständnis dieser Dynamik ist es erforderlich, dass wir eine Analyse der Besonderheiten dieser Vorstellungen, über die das Öffentliche und das Staatliche definiert werden, vornehmen. Zunächst müssen wir zugeben, dass diese Vorstellungen historisch festgelegt sind und folglich durch den Kontext der brasilianischen politischen Kultur erklärt werden. Wenn auch nicht losgelöst von den in ganz Lateinamerika und in anderen Gesellschaften spürbaren allgemeinen Zügen, besitzen sie doch verschiedene Gewänder und Merkmale, die durch die historischen Unterschiede bestimmt sind.

Wir möchten zunächst hervorheben, dass der brasilianische Staat in seinem politischen Wesen die Hegemonie der Wirtschaftselite widerspiegelt. Dieser Aspekt führt notwendigerweise zu einem Überlappen von staatlichem und öffentlichem Bereich. In diesem Fall hört der Staat, welcher eine ausgrenzende und private Interessen vertretende Politik betreibt, auf, öffentlich zu sein. Von

daher besteht die Notwendigkeit, den staatlichen Bereich zu entprivatisieren und ihn in einen öffentlichen umzuwandeln. Durch die Partizipation der Bevölkerung beginnt die Gesellschaft, den Staat zu kontrollieren, indem sie sich an der Ausgestaltung der Politik beteiligt und so, wenn auch nur allmählich, den privaten Inhalt des Staates durch den Inhalt der öffentlichen Interessen der Bürger ersetzt. Dieser Prozess, der die Umwandlung des Staatlichen in ein wahrhaft öffentliches politisches Instrument ermöglicht, erfolgt nur, wenn der Partizipationsprozess eine neue Wechselbeziehung der politischen Kräfte hervorbringt, wenn die Mehrheit der Bevölkerung zu einem politischen Subjekt wird und den Spielraum der wirtschaftlichen Eliten, die traditionell die politische Führung stellen, einschränkt. Selbst in den kommunalen Grenzen hat die Erfahrung von Porto Alegre diese Dynamik in der Schaffung einer Hegemonie der Bürger hervorgebracht, deren politisches Handeln den Staat entprivatisiert und demokratischer gestaltet und so das Staatliche zu Öffentlichem macht. Wir betrachten hier das Öffentliche, nicht nur das Gebot zur zivilen Kontrolle des Staates, sondern vor allem den rechtlichen Zugang zu allen sozialen Diensten und Vorteilen. Das Öffentliche steht folglich in direktem Zusammenhang mit dem Charakter der Staatsmacht und der politischen Entscheidungen und vor allem zur Finanzierung und der Unentgeltlichkeit der Dienste, auf die die Bürger einen Anspruch haben.

Da die Ausbildung Teil des Staatsapparates ist, kann sie im Bildungsprozess des Menschen sowohl die im Interesse der Herrschenden stehenden, ausgrenzenden Werte und Praktiken widerspiegeln, als auch die Anschauungen und Visionen von einer Welt, welche dem menschlichen Fortschritt, der Nichtdiskriminierung, der Emanzipation und dem Kampf gegen jede Art von Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt dient. Für die Umwandlung dieser Voraussetzungen in neue Wertvorstellungen ist es notwendig, auch die so genannte "öffentliche Schule", die genau genommen eine staatliche Schule mit privatem Inhalt ist, über die Partizipation der Bürger in eine wirklich öffentliche, das heißt in eine entprivatisierte und demokratischere Schule, umzugestalten.

Beeinflusst von der partizipativen Dynamik der Stadt begannen die Schulgemeinschaften im Jahr 1993 mit umfangreichen Diskussionen zum Ausgangsthema: *die Schule, die wir haben und die Schule, die wir wollen*. Diese Diskussionen fanden mit der Durchführung der konstituierenden Versammlung im Jahr 1995 ihren Abschluss. Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Erfahrung der partizipativen Haushaltsplanung der Stadt diesen Prozess erleichterte, denn viele der Lehrer und Funktionäre waren an der partizipativen Haushaltsplanung beteiligt, teilweise sogar als Mitglieder der Leitung.

In der Auswertung wurde festgestellt, dass an den Schulen bis zu 30% der Schüler das Schuljahr nicht bestanden und etwa 6% die Schule vorzeitig verlassen haben. Dieses Bild war bis dahin wenig bekannt oder wurde von den Erziehern und der herrschenden Schulkultur als "normal" angesehen. In der Debatte wurde klargestellt, dass, wenn aus diesem schulischen Misserfolg keine Lehren gezogen werden, dies zu einem machtvollen Instrument sozialer Ausgrenzung werden würde, womit der Schule die Rolle zufallen würde, die Diskriminierung derjenigen, welche schon durch die Ausgrenzung gekennzeichnet zu ihr kommen, zu bestätigen. Diese in der Debatte diskutierten Elemente brachten die anderen Gemeinschaften dazu, die Schule in all ihren Aspekten zu erörtern. Lehrpläne, Kenntnisse, Führung, Bewertung und Prinzipien des Zusammenlebens waren die Punkte, über die in der konstituierenden

Versammlung demokratisch entschieden wurde. Die Gesamtheit der Entscheidungen wurde dem kommunalen Sekretariat für Bildung als Richtlinie für die Bildungspolitik übergeben.

Die Hauptpunkte der Dokumente der Versammlung waren: die Notwendigkeit einer Beteiligung der SchülerInnen, FunktionärInnen, LehrerInnen und der Leitungen der Gemeinden an der Demokratisierung der Verwaltung und der Schaffung von Möglichkeiten für diese Beteiligung in der Schule; der Wissenserwerb auf der Grundlage von Erfahrungen und Problemen, die dem Leben der Gemeinschaften innewohnen; die emanzipatorische Bewertung, die darauf gerichtet ist, die Probleme der Dialektik von Lehren und Lernen aufzuzeigen, die dabei den Erfolg des lernenden Schülers sucht und die Bewertung als klassifizierendes und selektives Urteil aufhebt; die Anwendung einer Politik der Integration von Vertretern spezieller Bildungsbedürfnisse; die Organisation einer Alphabetisierungskampagne für Erwachsene und ein differenziertes pädagogisches Angebot für die Grundausbildung Erwachsener; die Abschaffung in den Schulordnungen des Ausschlusses und der Unterbrechung, die als ausgrenzend, als eine Beschneidung der Rechte der Schüler, Kinder und Jugendlichen angesehen werden, sowie die gemeinsame Aufstellung von Verhaltensnormen, die die Kultur des Friedens und die Nichtanwendung von Gewalt beinhalten. Dies sind einige Punkte, die wir hervorheben wollen. Wie man sieht, sind diese Richtlinien nicht die Früchte einer "spontanen Eingebung", sondern Teil der demokratischen Traditionslinie, die durch die sozialen Bewegungen, durch Akademiker und all jene, die geschichtlich mit der demokratischen öffentlichen Bildung verbunden sind, entwickelt worden ist. In dieser Diskussion hatte auch die Bürgerverwaltung ihren Platz, sie war nicht freigestellt und verzichtete nicht auf ihre Führungsrolle, sondern unterstützte den Prozess mit Texten, Seminaren und Konferenzen, womit sie auch zur Weiterbildung beitrug.

Was jedoch klar wurde, ist, dass ein Bildungsangebot mit diesen Elementen nicht in das institutionelle Korsett der konventionellen öffentlichen Schule passt. Die traditionelle öffentliche Schule als Teil des Staates reproduziert ihre von oben nach unten verlaufende, hierarchische und ausgrenzende Form. Es ist folglich erforderlich, die Schule neu zu ordnen, mit neuen Zeiten, mit neuen Gestaltungsräumen, wobei die autoritäre Struktur gebrochen wird und ihre Aktionen von einer Kultur bestimmt werden, die zur Emanzipation des Menschen beiträgt.

Die traditionelle Schule in ihrem Wesen zu begreifen heißt, ihre Zugehörigkeit zur staatlichen Bürokratie zu verstehen, ihre Eigenschaft, die vom Staat entwickelten Ausgrenzungsmechanismen zu reproduzieren, sowie den Charakter ihrer Struktur, welche die Taylor-Ford-Organisation der Fabrikproduktion nachahmt.

Die traditionelle Schule reproduziert eine Fabrik, die schon nicht mehr existiert. Wie in der Taylor-Ford-Fabrik ist die schulische Arbeit aufgeteilt, in spezielle und isolierte Funktionen zerstückelt. Das Wissen ist auf standardisierte Inhalte und Abfolgen reduziert. Jede Etappe der Arbeit ist Voraussetzung für die darauf folgende Etappe. Der Unterricht ist in voneinander abgegrenzten Fächern organisiert, eingesperrt in die so genannten Stundenplan-"Käfige". Eine Zusammenführung der verschiedenen Wissensgebiete erfolgt kaum. Die Schnittstellen der Erscheinungen, die Vielfalt der Verbindung dieser Schnittstellen mit den Blickpunkten und der Lektüre der Gesamtheit der Wissenschaften, mit

ihren unterschiedlichen Besonderheiten, werden nicht verstanden oder als zweitrangig angesehen. So wie in der Taylor-Ford-Fabrik die Arbeiter spezielle Aufgaben erfüllten, ohne Zugang zu Kenntnissen über den gesamten Arbeitsprozess bis hin zum Endprodukt zu haben, fehlt den Erziehern in der Schule im Allgemeinen der Blick für das Ganze sowie die interdisziplinäre Praxis, und sie bilden Individuen mit einer ebenfalls zerstückelten Sicht aus, die die Realität in ihrer Oberflächlichkeit sehen, in Teilen, als ob sie die Welt durch ein Fenster betrachten.

Das Bildungsprojekt der Bürgerverwaltung, die Bürgerschule, wurde zu einer Zeit eingerichtet, als durch das hegemonische Projekt ebenfalls ein neuer Vorschlag zur Umwandlung der traditionellen Schule vorgelegt wurde. Das Voranschreiten der Globalisierung und der Hegemonie der Interessen des Marktes brachten das Bedürfnis nach Schulen hervor, die an die neue makro-ökonomische Situation angepasst sind. Die Regierungen von Brasilien und der Mehrheit der Länder Lateinamerikas, die bereits eine Politik der Privatisierung, der Marktöffnung sowie der "Flexibilisierung" der Arbeitsbeziehungen und der Gesetze zum Umweltschutz betreiben, akzeptieren auch die durch die internationalen Organisationen, die die Globalisierung lenken, herausgegebenen Bildungsrichtlinien. Die Weltbank ist zum Hauptverkünder der Bildungspolitik für die peripheren, jetzt als "Schwellenländer" bezeichneten Staaten geworden.

Die Politik der Weltbank schlägt eine konservative Modernisierung der traditionellen Schule vor, sie führt Elemente zur Begrenzung der Rechte ein und versucht, einige humanistische Werte, die die öffentliche Schule von der republikanischen Tradition der Französischen Revolution übernommen hat, wieder zu beseitigen. In der "neuen" Schule des Marktes, der *mercoescola*, gibt es keinen Platz für humanitäre Überlegungen. Ihr Ziel ist es, in die Schulkultur die Werte des Marktes einzuführen. Die *mercoescola* arbeitet mit der Unternehmenssprache. In den Dokumenten der offiziellen Organe der Bundesregierung wird üblicherweise die Sprache der Geschäftswelt verwendet, so zum Beispiel: Optimierung der Mittel, Maximierung der Dividenden, Produktivität, Kosten-Nutzen, Gesamtqualität, Vergleichsnutzen und andere Begriffe. Diese Sprache ist Träger marktideologischer Werte. Sie enthält die Logik des Wettbewerbs, den Individualismus, den Egoismus und die Wertung der Sieger, der Besten, der Erfolgreichsten im Wettbewerb. Das ist "Sozialdarwinismus", der in die Schule eindringt mit dem Ziel, eine Marktmentalität zu schaffen, eine Kultur des Bürgers als Kunden und Verbraucher. In Brasilien bedeutet die Einführung der *mercoescola* nicht, die Schule als Institution zu privatisieren, aber sie bedeutet, die Institution in den Dienst der Verwurzelung und der Verbreitung einer Kultur des Privaten zu stellen.

Es wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die *mercoescola* zu stärken. So wurden so genannte nationale Stundenplanparameter aufgestellt. Obgleich die Rede davon war, dass die Annahme der Parameter nicht obligatorisch sei, hat das Ministerium für Bildung die Schulen so bedrängt, dass es fast unmöglich ist, sie nicht anzunehmen, dies gilt zumindest für die Mehrheit der brasilianischen Bundesstaaten. Es wurde didaktisches Material zusammengestellt, wie zum Beispiel Fibeln und Videos, und man verteilte kostenlos didaktische Bücher. Gleichzeitig wurden zahlreiche Programme zur "Schulung" der Lehrer in der Anwendung der Parameter durchgeführt. Für einen Großteil der Schulen des Landes stellen die kostenlose Bereitstellung von Material und die "Schulung" der

Lehrer die einzigen einigermaßen innovativen Alternativen dar; der überwiegende Teil der ErzieherInnen kann das Material, unabhängig von dessen Wert, nicht abweisen. Und um die Schulen noch mehr zu binden, gibt es das nationale Bewertungssystem, das auf die "Lehrplanparameter" Bezug nimmt. Damit dringt der kulturelle Inhalt der *mercoescola* weiter vor, wie ein hegemonischer Lehrplan, der im ganzen Land anzutreffen ist. Diese Parameter äußern sich in einigen Fällen in didaktischen Aktivitäten, bei denen die Gründung von Unternehmen geübt wird, in Mathematikspielen mit ausgesprochenem Wettbewerbscharakter, in der Aufstellung von Banksalden und der Simulation von Spielen an der Wertpapierbörse. Außerdem schlagen sie die Schaffung freiwilliger Arbeit durch "Freunde der Schule" vor, aber immer mit dem Ziel, die Kosten der Bildung den Gemeinden zu übertragen. Man spricht in den Programmen der *mercoescola* auch von Partizipation, von Dezentralisierung und von Bürgerrechten. Aber in diesem Zusammenhang haben die Begriffe eine andere Bedeutung. Die Dezentralisierung und die Partizipation werden als Formen angesehen, um die Gemeinschaften zu verpflichten, kostenlose Dienste zu leisten und den Staat von seiner Verpflichtung zur Investition im Bildungsbereich zu entbinden: die Last der Erhaltung der Schule wird wieder den Gemeinschaften übertragen. Die Bildung wird also als eine Ware und nicht als Recht angesehen.

Die Bürgerschule steht im Gegensatz zu dem durch die *mercoescola* repräsentierten hegemonischen Projekt. Ihre Aufgabe ist es, sowohl die traditionelle Schule zu überwinden, als auch den Gegenpol zur *mercoescola* zu bilden. Die mitunter gespannte und konfliktreiche strukturelle Umgestaltung der Schule im Rahmen der Partizipation hat die Zeiten und Gestaltungsräume neu dimensioniert. Die Schule wurde ausgehend von einem neuen hegemonischen Ansatz reorganisiert: dem von der Verantwortung für einen Lernprozess, der alle einschließt; vom Ausschluss vom Lernen als einem kollektiven Problem aller Beteiligten und von der Pflicht der Schule, die Verpflichtung dieses öffentlichen Dienstes, allen das Recht auf eine gute öffentliche Bildung zu garantieren, in die Tat umzusetzen.

Diese neue Struktur der Schulorganisation und die neuen Konzepte, die sie hervorgebracht haben, schaffen eine Gesamtheit neuer Praktiken und Einstellungen, die zum Bestandteil des täglichen didaktisch-pädagogischen Handelns wurden. Trotz der Unterschiede in den erreichten Fortschritten, der widersprüchlichen Entwicklung, des konfliktreichen Zusammenlebens von Altem und Neuem, ist das Entstehen einer neuen Schulkultur in Umrissen und mit Linien, die noch in einigen Konfliktpunkten unterbrochen werden können, nicht zu leugnen. Diese Schulkultur basiert auf der kollektiven Arbeit der Erzieher, auf der Praxis der Partizipation als Form, das Wissen zu artikulieren, um das Lernen für alle effektiver zu gestalten.

Die partizipative und demokratische öffentliche Schule stellt die der traditionellen Schule innewohnende Vereinheitlichung und Standardisierung in Frage. Die Erfahrung der direkten Demokratie durch die partizipative Haushaltsplanung der Stadt pflanzt sich in der Schule fort. Das gleiche Recht auf Zugang zum Wissen ergibt sich aus dem aktiven und interaktiven Handeln der Menschen. Diese zeigen ihre Unterschiede, ihre Gemeinsamkeiten, ihre individuellen und kollektiven Besonderheiten. Die Kultur der Partizipation enthüllt folglich die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede. Die Dialektik des Unterschieds bekräftigt die Gemeinsamkeiten. Die Gleichheit, als Prozess der Herausbildung historisch-

kultureller Handelnder verschiedenen Alters, erscheint als ein konkreter Raum von Kämpfen zur Bestätigung der menschlichen Emanzipation. Die Funktion der Ausbildung als Prozess der menschlichen Weiterentwicklung, des Schaffens von individuellen und kollektiven Identitäten wird deutlich. Der Erfolg des lernenden Menschen übertrifft die vorgefertigten kognitiven Parameter in der traditionellen Schule und in der *mercoescola*. Von der Welt lernen in der Beziehung zum Anderen, Parameter von sich selbst durch Selbsterkenntnis erhalten - der Schüler, der lernt, bringt sich ein in einen kollektiven Prozess kooperativer, solidarischer und umfassender Handlungen. Die Bürgerschule bedeutet folglich die kulturelle Umwandlung der staatlichen Schule in eine öffentliche Schule, von einer Schule, die ausgrenzt in eine Schule, die emanzipiert. Zu ihren Wertevorstellungen gehören vor allem die Emanzipation, die kollektive Arbeit, der Respektierung der Unterschiede, die Bejahung der Gemeinsamkeiten, die Praktiken der Gleichheit, das solidarische Handeln, das Wissen als geschichtliche Erfahrung und die vollen Bürgerrechte als Utopie von der Gestaltung der sozialen Beziehungen im Kleinen wie im Großen. Die Erfahrung von Porto Alegre zeigt innerhalb ihrer Grenzen den Prozess der Zuspitzung von Widersprüchen und Möglichkeiten, von kulturellen Potentialen zur Schaffung einer "anderen möglichen Welt" als Gegenposition zu der Vermarktung des Lebens.